

Die Corona-Pandemie – eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit?

Ines-Jacqueline Werkner, Henrike Ilka, Johannes J.
Frühbauer, Jana Nordbruch, Hendrik Stoppel,
Maria Toropova¹

Die Covid-19-Pandemie bedroht seit Beginn des Jahres nicht nur einzelne Staaten, sondern inzwischen die gesamte Welt: von Asien über Europa und Amerika bis hin zum afrikanischen Kontinent. Besonders hart trifft Covid-19 die ärmsten Länder und Regionen. Kamen die Gesundheitssysteme und medizinische Infrastruktur bereits in Europa und den USA an ihre Grenzen, werden dort die Folgen fatal sein. Lange Zeit konnte sich der UN-Sicherheitsrat – anders als bei HIV/Aids und der Ebola-Epidemie in Westafrika (2014–2016) – nicht dazu entschließen, die

¹ Dieser erweiterte Text basiert auf einem Beitrag, der in Amos international 2/2020 sowie in der epd-Dokumentation 22/2020 erschienen ist.

aktuelle Covid-19-Pandemie als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit einzustufen. Dabei umfassen die potenziellen Folgen der Pandemie nicht nur den Zusammenbruch der gesundheitlichen Versorgung oder die sich abzeichnende Weltwirtschaftskrise. Die Pandemie fordert auch den Weltfrieden in vielfältiger Weise heraus. In Europa lässt sie das einigende Band vermissen, für das die EU als Friedensmacht steht. Die Krise des Multilateralismus verschärft sich. Weltweit verstärken sich nationalistische und autoritäre Tendenzen. In den schwächsten Ländern drohen humanitäre Katastrophen. Die Fragilität von Staaten wird zunehmen, verbunden mit Krisen und gewaltsamen Konflikten. Zudem wird sich die Covid-19-Pandemie auf bestehende Konflikte und deren Friedensbemühungen auswirken. Auch bislang vernachlässigte Sicherheitsrisiken wie biologische Waffen erfahren angesichts der Corona-Pandemie eine ganz neue Aktualität. Der UN-Sicherheitsrat zeigt sich wenig handlungsfähig, da die eigenen Belange und Interessen der ständigen Mitglieder betroffen sind; Spannungen existieren insbesondere zwischen den USA und China. UN-Generalsekretär António Guterres forderte bereits im März 2020 einen globalen Waffenstillstand, um für die Bekämpfung des Virus notwendige Kapazitäten nicht in Kriegen zu binden. Diese Forderung, vom UN-Sicherheitsrat in die Resolution 2532 aufgenommen,² scheint jedoch weitgehend verhallt.

2 UN-Dokument S/RES/2532 vom 1. Juli 2020.

1 Nationale Alleingänge statt globaler Solidarität

Solidarität wird in Corona-Zeiten viel beschworen. Doch ist diese mehr als bloße Rhetorik und Symbolsprache? Blickt man auf die Entwicklungen und Verhaltensweisen der Mitgliedsstaaten innerhalb der Europäischen Union der letzten Monate, so lässt sich durchaus ein solidarisches Agieren erkennen, wenn man etwa jene Beispiele heranzieht, bei denen einzelne Staaten sich gegenseitig mit Schutzausrüstung ausgeholfen haben oder Patientinnen und Patienten aus Nachbarländern auf den eigenen Intensivstationen behandelt worden sind. Aber es sind auch gegenläufige Tendenzen zu konstatieren: Sämtliche EU-Staaten schlossen ihre Grenzen, ohne dies in der Gesamtheit zu koordinieren. Ein freier Personenverkehr wird erst langsam und mit unterschiedlich starken Einschränkungen wieder möglich. Zeitweise setzte Griechenland das Grundrecht auf Asyl aus; insbesondere aber ist die Dublin-Auslieferung gestoppt und Asylanträge stauen sich. Das wird Menschenleben kosten. Es steht zu befürchten, dass Flüchtlinge – auf Lesbos wie weltweit – zu den größten Verliererinnen und Verlierern dieser Krise zählen werden. Nicht nur nach außen, auch innerhalb europäischer Gesellschaften verschlechtert sich die Situation von marginalisierten Gruppen. Dazu zählen unter anderem Sinti und Roma, die, wenn auch nicht als Verursacherinnen und Verursacher, so doch gemeinhin als Überträgerinnen und Überträger der Erkrankung ausgemacht und mit entsprechenden Repressalien belegt werden.³

3 Vgl. Verseeck 2020.

Eine weitere solidarische Bewährungsprobe steht innerhalb der Europäischen Union noch aus. So wird es in nächster Zeit darum gehen, einen europäischen Wiederaufbaufonds zum Einsatz zu bringen. Im Juli 2020 hat die EU im Rahmen ihrer Finanzplanung bis 2027 nach zähem Ringen einen Wiederaufbauplan für die von der Corona-Pandemie schwer gebeutelte Wirtschaft vorgelegt. Demnach soll ein Hilfspaket von 750 Milliarden Euro für die wirtschaftliche Regeneration Europas bereitgestellt werden: 390 Milliarden Euro als nicht rückzahlungspflichtige Zuwendungen und 360 Milliarden Euro als Kredite. Diesem Kompromiss muss das EU-Parlament noch zustimmen; es hat bereits zahlreiche Nachbesserungen am Wiederaufbauprogramm eingefordert und mit einem Veto gedroht. Bereits im Vorfeld zu diesem EU-Gipfel gab es kontroverse Debatten. So hatten Deutschland und Frankreich einerseits sowie Österreich, die Niederlande, Dänemark und Schweden (die sogenannten »sparsamen Vier«) andererseits zwei unterschiedliche Konzepte vorgestellt, mit denen den am stärksten von der Corona-Pandemie betroffenen Mitgliedsstaaten geholfen werden soll – nicht zuletzt, um zu verhindern, dass durch eine Zunahme der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in der EU Nationalismus angefacht und Spaltungen in der Union vergrößert werden.⁴

Besorgniserregend ist auch das Agieren der Weltmacht USA: In der größten globalen Krise kündigt der US-amerikanische

4 Deutschlandfunk 2020.

Präsident Donald Trump den Austritt der USA aus der Weltgesundheitsorganisation an, richtet Anschuldigungen gegen China, torpediert Sicherheitsratsresolutionen und stoppt Exporte wichtiger Medizingüter.

Dafür gibt es in einer anderen Weltregion einen Lichtblick: die Afrikanische Union. Diese hat bereits zu Beginn der Pandemie umfassende Maßnahmen getroffen – auch vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit der Ebola-Epidemie. Dazu zählen neben einem *Africa Center for Disease Control and Prevention* vor allem eine gesamtcontinentale Strategie und ein eigener Corona-Virus-Fonds.⁵ Ob dieses solidarische Handeln allerdings Erfolg haben wird, ist unklar. So ist bei der Beschaffung medizinischer Schutzausrüstung international ein Konkurrenzkampf entbrannt, der zulasten der wirtschaftlich schwachen Staaten geht – mit fatalen Folgen auch für den afrikanischen Kontinent.

2 Verstärkung autoritärer Tendenzen

Die Corona-Pandemie verstärkt auch autoritäre Tendenzen. Nicht nur autokratische Regierungen nutzen die Corona-Krise, um ihre Machtbefugnisse durch Ausnahmezustände und Notstandsgesetze auszubauen. Ein drastisches Beispiel der Verletzung der Menschenrechte sind die Philippinen. Für Entsetzen

5 Vgl. Witt 2020.

sorgte dort die Ankündigung des Präsidenten Rodrigo Duterte, Bürgerinnen und Bürger, die gegen die Ausgangssperren während der Corona-Pandemie verstoßen, erschießen zu lassen.⁶ Duterte lässt bereits seit längerem mit Waffengewalt gegen Menschen vorgehen, beispielsweise bei Drogenbesitz. Nun kann er im Namen des Kampfes gegen Covid-19 die Bevölkerung noch stärker kontrollieren sowie Regierungskritikerinnen und -kritiker wie Demonstrantinnen und Demonstranten mit Gewalt bekämpfen.

Als weit weniger drastisch, aber durchaus freiheits- und demokratiegefährdend erweist sich die Ausdehnung der Machtbefugnisse der Exekutive, insbesondere in unvollständigen Demokratien und autoritären Staaten. So können Staats- und Regierungschefs die Corona-Situation nutzen, länger im Amt zu verbleiben – wie etwa in Gambia. Begonnene Transformationsprozesse können gefährdet sein, wenn sich wie in Äthiopien die ersten freien Wahlen seit Jahrzehnten wegen Corona auf unbestimmte Zeit verschieben.⁷

Aber selbst einige EU-Staaten unterliegen diesen Tendenzen. In Ungarn beispielsweise waren schon vor der Corona-Pandemie eine nationale Interessenpolitik und eine systematische Aushöhlung demokratischer Werte zu konstatieren. Ende März dieses Jahres beschloss das Parlament sogar, zur effektiveren Bekämpfung von Covid-19 seine eigenen Legislativrechte aus-

6 Vgl. Billing 2020.

7 Vgl. Endeshaw 2020.

zusetzen – und zwar de facto ohne zeitliche Befristung.⁸ Inzwischen hat das ungarische Parlament das umstrittene Corona-Notstandsgesetz wieder aufgehoben. Allerdings sprechen regierungskritische Vertreterinnen und Vertreter von einer »optischen Täuschung«. So könnte der ungarische Ministerpräsident wiederholt einen Notstand ausrufen und erneut per Dekret regieren.⁹

Doch auch augenscheinlich stabile Demokratien sind nicht davor gefeit, unter Verweis auf den Handlungsbedarf im Kampf gegen die Corona-Pandemie Elemente eines autoritären Staatsverständnisses wie das der digitalen Autokratie Chinas¹⁰ zu übernehmen. So werden beispielsweise in Südkorea zusätzliche Überwachungsmechanismen eingesetzt, um die rasche Ausbreitung von Covid-19 zu verhindern.¹¹ Die taktischen Überwachungsansätze variieren von Staat zu Staat; sie sind sowohl vom Regimetypp als auch von den technologischen Kapazitäten im Land und vom Umfang der mit Covid-19 Infizierten abhängig. So wurden in den letzten Monaten verschiedene digitale Techniken zur Aufzeichnung und Kontrolle der Mobilitäts- und Kontaktdaten von Bürgerinnen und Bürgern eingesetzt: Video- und Drohnenüberwachungen, Smartphone-Tracking, Apps zur

8 Tagesschau 2020a.

9 Tagesschau 2020b.

10 Rudolf 2020: 11. Diese digitale Autokratie reicht von digitalen Überwachungssystemen des sozialen Lebens über allgemeine Internetblockaden bis zu gezielter Zensur im digitalen Raum.

11 Vgl. Kalinowski 2020.

Standortbestimmung, obligatorische QR-Codes (als eine Art Ausgangspassierschein) oder auch die systematische Auswertung von Bankdaten. Diese Maßnahmen mögen hilfreich sein, Covid-19-Infizierte zu identifizieren, sie tragen aber auch zu einer immer größer werdenden Transparenz der Bürgerinnen und Bürger bei. Das regt erneut die Debatte über potenzielle Datenmissbräuche, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Unverletzlichkeit des Privatlebens an. Denn selbst wenn solche Maßnahmen auf freiwilliger Basis stattfinden, verbindet sich mit ihnen die Gefahr, dass diese – einmal eingeführt – bestehen bleiben und im Bedarfsfall sogar ausgeweitet werden.

3 Von der humanitären Katastrophe bis hin zum Staatszerfall

Weitaus unmittelbarer zeigen sich die Gefahren der Corona-Pandemie für den Weltfrieden in bereits bestehenden Krisengebieten und humanitären Notlagen. Covid-19 kann hier zu einer »drohende[n] Katastrophe in der Katastrophe«¹² führen. Politisch wie wirtschaftlich schwache Staaten besitzen in der Regel keine funktionierenden Gesundheits- und Versorgungssysteme und sind so kaum in der Lage, adäquat auf die Corona-Pandemie zu reagieren. Davon sind insbesondere Kinder und ihre Familien betroffen. Häufig ist die humanitäre Lage ohnehin schon prekär: aufgrund von bewaffneten Konflikten und Kriegen, aber

12 Hofmann 2020.

auch infolge von Naturkatastrophen wie der Heuschreckenplage in Ostafrika. Von der humanitären Not sind insbesondere Geflüchtete betroffen. Die Situation in Flüchtlingslagern hat mittlerweile aufgrund mangelnder Hygiene- und Platzverhältnisse, strikter Ausgangsverbote und der Verzögerungen bei der Bearbeitung von Asylverfahren dramatische Dimensionen angenommen. Ebenso wirkt sich die Corona-Pandemie auf Migrationsbewegungen aus: Grenzsicherungen machen Migration fast unmöglich. Es steht zu befürchten, dass gefährlichere Fluchtrouten genommen werden; dabei werden immer weniger Hilfsorganisationen in der Lage sein, Flüchtlinge zu retten. Hinzu kommt die gegenwärtig geringere Aufnahmebereitschaft in Europa. Das zeigt sich exemplarisch an dem wochenlangen Ringen um die Aufnahme nur weniger unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge aus Lesbos.

Externe Faktoren verschärfen die Situation noch: Mit Covid-19 wird humanitäre Hilfe schwieriger. Zum einen ist ein Rückgang von Spenden für internationale Hilfsorganisationen zu verzeichnen. So musste beispielsweise das Welternährungsprogramm die humanitäre Hilfe für rund 19 Millionen Menschen in Jemen um die Hälfte kürzen,¹³ und die Vereinten Nationen erhielten von den geforderten zwei Milliarden US-Dollar für Hilfsleistungen nur ein Viertel dieser Summe.¹⁴ Hilfsgüter und internationales Personal fehlen oder können aufgrund von Grenzsicherungen weniger Hilfsbedürftige erreichen. Es zeich-

13 Der Standard 2020.

14 Vgl. Beaumont 2020.

net sich bereits ab, dass diese Entwicklungen – zusammen mit ausfallenden Ernten aufgrund von Lockdowns – große Hungerskatastrophen zur Folge haben werden. Mit der Corona-Pandemie werden sich humanitäre Katastrophen ausweiten und mit ihnen fragile Staatlichkeit. Besonders problematisch wird es, wenn gleichzeitig die Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft abnimmt. Denn diese Faktoren verstärken sich wechselseitig: Geht die Hilfe zurück, können Katastrophen nicht aufgefangen werden, was wiederum Hilfe schwieriger werden lässt.

Covid-19 hat jedoch nicht nur Auswirkungen auf die humanitäre Situation, die Pandemie wirkt sich auch unmittelbar auf die Konfliktkonstellationen vor Ort aus. So können Konfliktparteien die Krisensituation für ihre eigenen strategischen Ziele und Zwecke nutzen und damit gewaltsame Konflikte noch befördern. Das trifft insbesondere auf extremistische Gruppierungen zu. Zum einen können sie sich die humanitäre Notlage zunutze machen, die Bevölkerung im Land an sich zu binden – beispielsweise durch entsprechende gesundheitliche Angebote. Zum anderen kommt ihnen die zunehmende staatliche Fragilität bei der Planung und Durchführung terroristischer Anschläge entgegen. Begünstigt wird diese Entwicklung auch dadurch, dass die Aufmerksamkeit vieler lokaler wie internationaler Akteure auf die Pandemie gerichtet ist.

Verstärkt wird dieser Effekt noch durch die mit Covid-19 eingeschränkten Möglichkeiten, Frieden vor Ort zu fördern. Reisebeschränkungen und Kontaktverbote erschweren Krisendiplomatie und wirken sich gerade in Situationen, in denen das

Vertrauen wesentlich von persönlichen Kontakten abhängt, fatal aus.¹⁵ Das betrifft auch UN-Missionen, die ihre Aufgaben teilweise nur noch eingeschränkt durchführen können.¹⁶

4 Das neue internationale Sicherheitsrisiko – Viren als Terrorwaffe

Zukünftig wird ein weiteres Sicherheitsrisiko an Bedeutung gewinnen: die Gefahr von Terroranschlägen mit Biowaffen. Biologische Waffen sind kein neues Phänomen. Sie haben schon immer Angst und Schrecken ausgelöst, denn mit ihnen verbinden sich fatale gesundheitliche, psychische, gesellschaftliche und politische Folgen. Bisher galten jedoch die vom Bioterrorismus ausgehenden Gefahren als eher gering. Das könnte sich nun ändern. Gerade die Corona-Pandemie und der Umgang mit ihr offenbaren die hohe Verletzlichkeit der internationalen Staatengemeinschaft. Covid-19 hat dazu geführt, dass selbst demokratische Staaten innerhalb weniger Wochen das gesamte öffentliche Leben heruntergefahren und massiv die Grundrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt haben. Innerhalb kürzester Zeit hat ein Virus das Wirtschaftssystem weltweit größtenteils lahmgelegt. Das zeigt nicht nur die Schwächen und die mangelnde Vorbereitung trotz vorliegender Studien und

15 Vgl. Küstner 2020.

16 Vgl. De Coning 2020.

Szenarien auf, auf Pandemien zu reagieren. Die Gefahr wächst, dass Covid-19 zur Blaupause für künftige terroristische Anschläge wird. Zudem könnte ein biologischer Angriff, gleichzeitig an mehreren Orten durchgeführt, die Zahl der Anfangsinfektionen noch deutlich erhöhen und die Zeit zur Reaktion entsprechend verkürzen. In einem ganz wesentlichen Punkt unterscheidet sich die Mentalität vieler terroristischer Gruppierungen von der in unseren Gesellschaften: Sie sind zur Erreichung ihrer Ziele oftmals zur Aufopferung des eigenen Lebens bereit. Somit müssen sie sich nicht selbst vor dem Virus schützen und können ihre gesamte Energie auf den Terrorangriff konzentrieren.¹⁷ Die Folgen wären fatal und würden die Anschläge vom 11. September 2001 weit in den Schatten stellen.

5 Konsequenzen – Was bleibt zu tun?

Angesichts der massiven Folgen der Corona-Pandemie sind globale Solidarität und ein gemeinschaftliches – europäisches wie darüber hinaus internationales – Handeln dringender denn je. Die Vereinten Nationen sind das zentrale Forum der internationalen Staatengemeinschaft; von dieser muss ein Zeichen der Einheit und Geschlossenheit ausgehen. Die größte Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges darf nicht durch ein Ringen um die internationale Vormachtstellung verstärkt werden.

¹⁷ In diesem Kontext prägte Herfried Münkler (u. a. 2005: 15f.) den Begriff der postheroischen Gesellschaft.

Auch gegenseitige Schuldzuweisungen zwischen den USA und China sind wenig hilfreich. Der mit der Resolution 2532 gefundene Kompromiss erfolgte nicht nur zu spät; er ist auch inhaltlich unzureichend: Ohne Bezugnahme auf Kapitel VII der UN-Charta sind die beschlossenen Maßnahmen unverbindlich – sie haben reinen Empfehlungscharakter. Zudem verbleiben sie auf einer allgemeinen und wenig konkreten Ebene: Es wird zwar eine 90-tägige humanitäre Pause eingefordert; eine Überwachung ihrer Umsetzung ist jedoch nicht vorgesehen. Und auch die Weltgesundheitsorganisation als zuständige UN-Sonderorganisation findet angesichts der Kompromissresolution keine ausdrückliche Erwähnung.

Der UN-Sicherheitsrat sollte sich auf konkrete Maßnahmen zur weltweiten Bewältigung der Corona-Pandemie verständigen. Das stellt eine Herausforderung besonderer Art dar, sind doch die Interessen aller ständigen Mitglieder unmittelbar betroffen. Mit weiteren Sicherheitsresolutionen sollten konkrete Hilfsmaßnahmen einhergehen. Notwendig ist zuvorderst die Sicherung der humanitären Hilfe, insbesondere für die schwächsten Länder. Hier müssen Ressourcen für Hygieneprodukte, Schutzausrüstung und notwendige Gesundheitsmaßnahmen bereitgestellt werden. Ein besonderes Augenmerk muss Flüchtlingslagern gelten; diese müssen finanziell, materiell, aber auch personell unterstützt werden. Ein Appell an die Staaten wäre hier, das Asylrecht weiter zu wahren und schnell umzusetzen. Auch sollten Wege gefunden werden, wie Krisendiplomatie und Friedensverhandlungen in Zeiten von Kontaktsperren, Reisebeschränkungen und größtenteils eingestelltem Flugver-

kehr fortgeführt werden können. Hierzu bedarf es einer stärkeren Einbindung lokaler Akteure – eine Forderung, die sich für die gesamte zivile Konfliktbearbeitung als zentral erweist, häufig aber noch vernachlässigt wird. Zudem sollte die internationale Staatengemeinschaft ihre finanziellen Zusagen an die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen einhalten und angesichts der Krise weitere Mittel bereitstellen. Letztlich gilt es, alle notwendigen Ressourcen zur Umsetzung des globalen Nothilfeplans der Vereinten Nationen (*Global Humanitarian Response Plan Covid-19*)¹⁸ zu mobilisieren.

Ein weiteres zentrales Gremium bei der Bekämpfung von Pandemien ist die Weltgesundheitsorganisation. Diese muss – und das konstatierte bereits das Friedensgutachten 2015 im Kontext der Ebola-Epidemie – weiterentwickelt und reformiert werden: mit einer finanziellen Sicherung, die die Neutralität und Unabhängigkeit der Organisation garantiert, einer besseren Koordinierung und einer nachhaltigen Einbindung nichtstaatlicher Akteure. Auch sollte ein Notfallfonds zur Bekämpfung globaler Gesundheitskrisen eingerichtet und Gesundheitspersonal für Krisenfälle auf Abruf bereitgehalten werden.

Mittelfristig muss sich die internationale Staatengemeinschaft stärker als bisher der größer werdenden Bedrohung durch Bioterrorismus widmen. Biologische Waffen können ein größeres Tötungspotenzial als atomare und chemische Waffen entfalten. Das internationale Regime zum Bann der Biowaffen – das »Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstel-

18 United Nations 2020.

lung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen« von 1972 – enthält im Gegensatz zu dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen oder dem Chemiewaffenübereinkommen keinen Verifikationsmechanismus, der die Einhaltung der vertraglichen Regelungen überwacht.¹⁹ Die Schwierigkeit besteht insbesondere darin, dass Forschungen an Erregern zu medizinischen Zwecken wie auch zur Abwehr notwendig und erlaubt bleiben müssen. Neben dem Bemühen um die Etablierung eines Verifikationsregimes wäre es essenziell, die Prävention und die Fähigkeiten zur Abwehr von bioterroristischen Anschlägen zu intensivieren. Auch dafür wäre eine Stärkung der Gesundheitssysteme wichtig.

Solche internationalen und gemeinschaftlichen Bemühungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sollten auch auf europäischer und nationaler Ebene unterstützt und gefördert werden. Denn auch hier gilt: Nicht nationale Alleingänge und Grenzsicherungen bekämpfen Covid-19, sondern ein gemeinsames Vorgehen, abgestimmte und koordinierte Maßnahmen sowie eine gegenseitige materielle wie finanzielle Unterstützung. Hier haben sowohl die Medien als auch zivilgesellschaftliche Akteure wie beispielsweise die Kirchen die Verantwortung, den Fokus nicht nur auf die nationale Situation, sondern auch auf die Lage in der Welt zu richten. Die christlichen Kirchen stehen programmatisch für die Solidarität mit den Ärmsten. Diese müssen sie in erster Linie durch ihre internationalen Hilfswerke einbringen, um die am stärksten von Covid-19 betroffenen Men-

19 Vgl. Ulrichs et al. 2005.

schen weltweit zu unterstützen. Das beinhaltet sowohl das politische Einfordern als auch das eigene Praktizieren humanitärer Hilfe.

6 Literatur

Beaumont, Peter 2020: UN Agencies Issue Urgent Coronavirus Appeal After \$2bn Request Falls Well Short. <https://www.theguardian.com/global-development/2020/apr/20/un-heads-warn-of-coronavirus-risk-in-weakest-countries> (aufgerufen 02.06.2020).

Billing, Lynzy 2020: Duterte's Response to the Coronavirus: »Shoot Them Dead«. <https://foreignpolicy.com/2020/04/16/duterte-philippines-coronavirus-response-shoot-them-dead/> (aufgerufen 02.06.2020).

De Coning, Cedrik 2020: Examining the Longer-Term Effects of Covid-19 on UN-Peacekeeping Operations. <https://theglobaobservatory.org/2020/05/examining-longer-term-effects-covid-19-un-peacekeeping-operations/> (aufgerufen 02.06.2020).

Der Standard 2020: Welternährungsprogramm muss Hilfe für Jemen aus Geldnot halbieren. <https://apps.derstandard.de/privacywall/story/2000116790730/welternaehrungsprogramm-muss-hilfe-fuer-jemen-aus-geldnot-halbieren> (aufgerufen 02.06.2020).

- Deutschlandfunk 2020: Streit um EU-Finanzhilfen in der Corona-Krise. https://www.deutschlandfunk.de/wiederaufbaufondsstreit-um-eu-finanzhilfen-in-der.2897.de.html?dram:article_id=477423 (aufgerufen 02.06. 2020).
- Endeshaw, Dawit 2020: Ethiopia Postpones August Election Due to Coronavirus. <https://uk.reuters.com/article/uk-ethiopia-election/ethiopia-postpones-august-election-due-to-coronavirus-idUKKBN21I2S7> (aufgerufen 02.06. 2020).
- Hofmann, Gregor 2020: Corona und die humanitäre Situation in Syrien: Die drohende Katastrophe in der Katastrophe. <https://blog.prif.org/2020/04/02/corona-und-die-humanitaere-situation-in-syrien-die-drohende-katastrophe-in-der-katastrophe/> (aufgerufen 02.06. 2020).
- Kalinowski, Thomas 2020: Südkoreas Umgang mit dem Coronavirus: Die Kosten des Erfolgs. <https://blog.bti-project.de/2020/05/14/suedkoreas-umgang-mit-dem-coronavirus-die-kosten-des-erfolgs/> (aufgerufen 02.06. 2020).
- Kursawe, Janet/Johannsen, Margret/Baumgart-Ochse, Claudia/Boemcken, Marc von/Werkner, Ines-Jacqueline 2015. Stellungnahme der Herausgeber und Herausgeberinnen: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen. In: Kursawe, Janet/Johannsen, Margret/Baumgart-Ochse, Claudia/Boemcken, Marc von/Werkner, Ines-Jacqueline (Hg): Friedensgutachten 2015. Münster, LIT: 1–30.
- Küstner, Kai 2020: Libyen: Krieg im Schatten von Corona. <https://www.tagesschau.de/ausland/libyen-konflikt-coronavirus-101.html> (aufgerufen 02.06. 2020).

- Münkler, Herfried 2005: Neue Kriege, Terrorismus und die Reaktionsfähigkeit postheroischer Gesellschaften. <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Herbsttagungen/2005/herbsttagung2005muenklerLangfassung.html> (aufgerufen 02.06.2020).
- Rudolf, Peter 2020: Der sino-amerikanische Weltkonflikt. In: Lippert, Barbara/Perthes, Volker (Hg.): Strategische Rivalität zwischen USA und China. Worum es geht, was es für Europa (und andere) bedeutet. Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik: 10–12.
- Tagesschau 2020a: Notstandsgesetz in Ungarn: EU warnt vor unverhältnismäßigen Schritten. <https://www.tagesschau.de/ausland/corona-ungarn-eu-101.html> (aufgerufen 02.06.2020).
- Tagesschau 2020b: Parlament hebt Orbans Sondervollmachten auf. <https://www.tagesschau.de/ausland/ungarn-notstand-107.html>. Zugegriffen: 18. Juni 2020.
- Ulrichs, Timo/Kuhn, Jens/Hahn, Helmut 2005: Mögliche Gefahren durch Bioterrorismus. Die Bedrohung durch vorsätzlich freigesetzte Mikroorganismen und anderer Agenzien. https://www.fu-berlin.de/presse/publikationen/fundiert/archiv/2005_01/05-01_ulrichs/index.html (aufgerufen 02.06.2020).
- United Nations 2020: Global Humanitarian Response Plan. Covid-19. <https://www.unocha.org/sites/unocha/files/Global-Humanitarian-Response-Plan-COVID-19.pdf> (aufgerufen 02.06.2020).

Verseck, Keno 2020: Der kollektive Virus-Verdacht. Stigmatisierende Sondermaßnahmen gegen Roma. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/coronavirus-wie-die-slowakei-und-andere-laender-roma-in-der-krise-diskriminieren-a-36ebde60-8421-4856-bb27-a22b784c244f> (aufgerufen 02. 06. 2020).

Witt, Antonia 2020: An Island of Internationalism: The African Union's Fight Against Corona. <https://blog.prif.org/2020/04/07/an-island-of-internationalism-the-african-unions-fight-against-corona/> (aufgerufen 02. 06. 2020).